

Liebe Leserinnen und Leser,  
hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 28.4.2016.

### **Aktuelle Anfragen**

Aufgrund einer aktuellen Anfrage der Tierschutzpartei zum **Brandschutzbedarfsplan** stellte die Verwaltung die seit Aufstellung des Planes in 2000 durchgeführten Maßnahmen dar (u.a. Sirenenwarnsystem, Neubau Feuerwache Nord, Neubau Atemschutz-Übungszentrum, Umsetzung der 48-Stunden-Woche). Auch ohne gesetzliche Grundlage hatte die Verwaltung intern festgelegt, dass alle 5 Jahre eine Fortschreibung erfolgt. Das am 17.12.2015 in Kraft getretene Gesetz zur Neuregelung des Brandschutzes, der Hilfeleistung und des Katastrophenschutzes schreibt nun erstmals gesetzlich eine Fortführung des Brandschutzbedarfsplanes mit einer Frist von 5 Jahren vor. Die Ausschreibung dieser Aktualisierung wird derzeit vorbereitet.

### **Anfragen**

Aufgrund einer Anfrage der der Linken zur Kalkulation der **Steuereinnahmen im Zusammenhang mit der Finanzierung des Grand Depart der Tour de France** stellte die Verwaltung dar, dass bei den Gastronomiebetrieben (473 sind Personengesellschaften, 1954 Einzelunternehmen) eine durchschnittliche Gewinnspanne von 23 %, bei Hotels (69 sind Personengesellschaften, 151 Einzelunternehmen) von 40 % zu Grunde gelegt wurde. Ausgehend von einer Steuermesszahl von 3,5 % und dem Steuerhebesatz von 440 wurden die Zahlen aufgrund einer geschätzten Besucherzahl von 1,1 Mio (erhöht um 0,1 Mio aufgrund eines veränderten Streckenverlaufs am 2. Tag) und von der DMT geschätzten Ausgaben von 200 Euro je Übernachtungsgast und unter Berücksichtigung der Umsatzsteuer ermittelt.

Aufgrund einer Anfrage der Linken teilte die Verwaltung mit, dass 2015 insgesamt 183 Personen **abgeschoben** wurden. Betroffen waren 26 Nationalitäten, davon 46 aus Mazedonien, 30 aus Serbien, 26 aus dem Kosovo, 16 aus Bosnien/Herzegowina, 10 Armenien, 7 Albanien, 7 Nigeria, 5 Guinea, 4 Tadschikistan.

Aufgrund einer Anfrage der CDU zum leerstehenden **Gebäude Marktplatz 5/6** teilte die Verwaltung mit, dass für die Unterbringung der bisherigen Nutzer monatliche Kosten von 135.500 Euro einschl. Betriebskosten anfallen. Für das leer stehende Gebäude fallen einschl. Objektschutz monatlich 40.300 Euro an. Nach wie vor ist eine Sanierung und Nutzung durch städtische Ämter geplant, allerdings wird derzeit geprüft, ob ein Investorenmodell wirtschaftlich ist.

Aufgrund einer Anfrage des Rats Herrn Maniera (Republikaner) zu **Übergriffen auf Einsatzkräfte** teilte die Verwaltung mit, dass es in 2014 zu 2 Übergriffen auf Feuerwehrleute und 6 Übergriffen auf Mitarbeitende der Hilfsorganisationen kam. In 2015 kam es zu 2 (Feuerwehr) bzw. 4 Übergriffen (Hilfsorganisationen), bis 19.4.2016 zu 3 (Feuerwehr) bzw. 1 Übergriff (Hilfsorganisation).

Aufgrund einer Anfrage des Rats Herrn Maniera (Republikaner) zur **Salafistenszene** teilte die Verwaltung mit, dass es bereits Programme gegen Salafismus gibt wie das Projekt "Wegweiser", das durch Stadt und Innenministerium finanziert wird und das Bundesprogramm "Demokratie Leben - Prävention gegen extremen Salafismus". Die Verwaltung informierte, dass in den letzten Monaten 20 Stände von muslimischen Gruppen in enger Abstimmung mit dem Staatsschutz genehmigt wurden.

Eine Anfrage der Tierschutzpartei/freie Wähler beschäftigte sich mit der möglichen

**Einführung einer blauen Plakette.** Die Verwaltung wies auf die Verbesserung der Feinstaubmesswerte hin: An der Corneliusstraße kam es in 2014 zu einer Überschreitung an 15 Tagen und damit an 12 Tagen weniger als 2013. Die Stickstoffdioxid-Werte haben sich leicht verringert. Die Einführung einer blauen Plakette bedingt zunächst rechtliche Grundlagen auf Bundesebene mit Ausnahmetatbeständen sowie eine Fortschreibung des Luftreinhalteplanes in Abstimmung mit der Bezirksregierung. Würde man die von der Deutschen Umwelthilfe formulierten Bedingungen zu Grunde legen, würden 145.000 der 311.000 zugelassenen Fahrzeuge eine blaue Plakette erhalten.

### **Anträge der Fraktionen**

Der Rat beauftragte einstimmig auf Antrag von CDU, SPD, FDP und BÜ 90 die Verwaltung, den Bau- und Finanzierungsbeschluss für den **Neubau einer Waldschule** im Wildpark auf der Basis des Entwurfs des Architekturbüros Development 9 vorzubereiten. Der Freundeskreis Wildpark beabsichtigt, zur Finanzierung 300.000 Euro, die durch die Firma Linklaters und einen Bekannten Mäzen der Stadt bereitgestellt wurden, beizusteuern.

Ihren Antrag "**Keine Vermittlung von Jugendlichen an die Bundeswehr**" zog die Linke zurück, nachdem Ratsfrau Hebler (BÜ90) erklärte, die Thematik im Beirat des Jobcenters anzusprechen.

Der Antrag der Linken, die **Schuldenuhr** abzubauen, wurde von CDU, FDP, BÜ 90 abgelehnt, Enthaltung der SPD.

Mit den Stimmen von SÜD, FPD, BÜ 90, Linken und Pirat wurde eine Resolution von SPD, BÜ90, FDP und Linken gegen sexualisierte Gewalt verabschiedet. **Der Rat verurteilt sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen.** Er stellt fest, dass die Vorkommnisse in Köln einen schwerwiegenden Angriff auf die Gleichberechtigung von Frauen und eine massive Menschenrechtsverletzung darstellen, denen mit aller Härte der Gesetze entgegenzutreten ist. Ungeachtet der Nationalität und Herkunft der Täter dürfen solche gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen nicht toleriert werden. Änderungs-/Ergänzungsanträge der CDU und der Tierschutzpartei/freie Wähler fanden keine Mehrheit.

Der Antrag der CDU, auf der **Insel am Schloßweiher** Benrath nur eine Trauerweide als Solitärbaum zu pflanzen, wurde gegen CDU in den Ausschuss für öffentliche Einrichtungen zur Klärung der Benehmensfrage mit der Denkmalbehörde verwiesen.

Der Antrag der Ratsfraktion Tierschutzpartei/freie Wähler, baldmöglichst auf **Pferde im Karneval** zu verzichten, wurde von CDU, SPD, BÜ 90, FDP, abgelehnt (Enthaltung Linke), weil nur Pferde eingesetzt werden, deren Einsatz zuvor von Fachleuten überprüft wurde.

Der Antrag der Linken, **mehr Transparenz bei städtischen Unternehmen** durch teilweise öffentliche Aufsichtsratssitzungen herzustellen, wurde zurückgezogen, nachdem sowohl FDP als auch BÜ 90 erklärten, die Zielrichtung zu unterstützen, aber Details im Haupt- und Finanzausschuss zu diskutieren.

Der Antrag der Linken, die städtische Wohnungsgesellschaft mit der **Errichtung von preiswerten Wohnungen für 1000 EinwohnerInnen zur Unterbringung von Flüchtlingen** und eine anderweitige Nachnutzung zu beauftragen, fand keine Mehrheit.

Der Antrag der Linken, neu **einzustellende ErzieherInnen** nach den Entgeltordnungen einzustellen, wie sie auch für bereits Beschäftigte gelten, wurde mit Hinweis auf die Tarifautonomie abgelehnt, Enthaltung 2 SPD-Mitglieder. Über den Änderungsantrag der CDU, einen Interessensausgleich auch für die KinderpflegerInnen herzustellen, wurde dann nicht mehr abgestimmt.

Die CDU hatte einen Antrag gestellt, durch den die Landesregierung aufgefordert werden sollte, eine **standardisierte und transparente Erhebung des Unterrichtsausfalls** durchzuführen. Sie übernahm dann einen Änderungsantrag von BÜ 90, sodass letztlich beschlossen wurde (bei Enthaltung der FDP): Der Rat begrüßt, dass die Frage des Unterrichtsausfalls aktuell in der Bildungskonferenz beraten wird. Hier sollte auch Einvernehmen mit Schüler-, Eltern- und Lehrerverbänden erzielt werden in der Frage, was als Unterrichtsausfall gelten soll. Dies muss Grundlage einer Erhebung sein, die standardisiert und transparent den Unterrichtsausfall erfasst. Der Rat fordert die Landesregierung auf, eine solche durchzuführen, diese regelmäßig fortzuschreiben und den Schulträgern zur Verfügung zu stellen.

### **Kleine Kommission Wehrhahnlinie**

Die Kommission beschäftigte sich mit dem Kostencontrolling. Ca. 100 Mio Euro Auftragswerte sind noch in Prüfung. Veränderungen zur Prognose vom 14.11.2013 liegen im Toleranzbereich von 1 %.

### **Kleine Kommission Kö-Bogen**

Die Kommission wurde über die Verhandlungen mit dem Investor informiert. Die Einigung mit dem letzten Eigentümer ist erfolgt, muss aber noch vertraglich fixiert werden. Auch der städtebauliche Vertrag muss noch verhandelt werden. Der Beschluss zum Bebauungsplan ist am 7.7. vorgesehen. Die Gestaltung des Gustav-Gründgens-Platzes soll im Juni öffentlich vorgestellt werden. Mit dem Abriss der Hochbauten soll nach Juli begonnen werden. Der Investor plant eine Fertigstellung bis Anfang 2019.

### **Verwaltungsvorlagen**

#### **Tour de France**

Der Rat beschloss die Einrichtung einer Kleinen Kommission zur Begleitung der Planungen für die Ausrichtung des Grand Depart. Diese soll auch die Form der Berichterstattung gegenüber dem Rat und der Öffentlichkeit festlegen, ggf. auch öffentlich tagen. Zur nächsten Ratssitzung soll eine Beschlussvorlage zur Finanzierung des Gesamtprojektes samt Überführung in eine haushaltskonforme Ergebnis- und Finanzplanung vorgelegt werden. Auf Antrag der CDU sollen schriftliche Berichte an den Rat erfolgen und ein Abschlussbericht mit einer detaillierten Kostenabrechnung vorgelegt werden. Der Oberbürgermeister informierte darüber, dass mit Sponsoren Vertragsentwürfe ausgetauscht wurden, die deutlich über den veranschlagten 3 Mio Euro liegen. Der kalkulierte Fehlbetrag erhöht sich von 3,4 auf 4,1 Mio Euro, weil die Kosten für die Sicherheit sowie die Schulung, Unterbringung und Versorgung der Volunteers eingerechnet wurden. Die SPD wird in der Kommission durch Helga Leibauer vertreten, persönlicher Vertreter ist Jürgen Bohrmann.

Der Rat nahm einstimmig mit Dank die **Schenkung** der Autographensammlung Kirsten Engelmann/Rita van Endert für das Heinrich-Heine-Institut an. Es handelt sich um eine wertvolle und einzigartige Sammlung von literarischen Schriftstücken engagierter, weiblicher Persönlichkeiten aus dem 19. Jahrhundert bis in die heutige Zeit.

Der Rat wurde über den **vorläufigen Jahresabschluss 2015** informiert. Er schließt voraussichtlich mit einem Defizit von 32 Mio Euro ab (geplant war ein Defizit von 33,4 Mio). In 2014 lag das Defizit bei 136,7 Mio. Das Defizit kann aus der Ausgleichsrücklage gedeckt werden. Wegen der Umstellung auf eine neue Finanzsoftware verzögern sich die Arbeiten am Jahresabschluss.

Der Rat ermächtigte bei Enthaltung von CDU, Tierschutzpartei/Freien Wählern die Verwaltung, die in der im Dezember verabschiedeten Haushaltssatzung **vorgesehene Kreditaufnahme bis zu 438,6 Mio Euro zur Sicherung der Liquidität schon vor der Bestätigung der Bezirksregierung zum Haushalt auszunutzen**. Dies sieht die Gemeindeordnung vor und wird von vielen Kommunen so praktiziert. Bisher kann die Verwaltung diese Liquiditätskredite bis zur Höhe des in der rechtskräftigen Haushaltssatzung 2015 festgelegten Betrages von 379,3 Mio Euro aufnehmen.

Außerdem beschloss der Rat gegen CDU und Tierschutzpartei/frei Wähler eine **Korrektur der im Dezember 2015 verabschiedeten Haushaltssatzung**. Zu diesem Zeitpunkt stand noch nicht fest, ob Flüchtlingsunterkünfte in einer Größenordnung von 50 Mio Euro angemietet oder angekauft werden. Inzwischen wurde aus wirtschaftlichen Gründen ein Ankauf entschieden, sodass nun die verabschiedete Haushaltssatzung klargestellt wird. Eine über diese Förderkredite in Höhe von insgesamt. 55 Mio hinausgehende Kreditaufnahme ist nicht vorgesehen.

Der Rat nahm das **Konzept zur Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen** zur Kenntnis und beauftragte gegen den Vertreter der Republikaner die Verwaltung, die vorgelegten Vorschläge in Abstimmung mit dem runden Tisch Asyl und unter Einbeziehung der zuständigen Fachausschüsse weiter zu entwickeln und dem Rat hierüber zu berichten. Das Konzept beinhaltet die Bereiche Aufnahme, Zugang zum Wohnungsmarkt, soziale Betreuung, gesundheitliche Versorgung, Integration durch Sport, vorschulische und schulische Versorgung, Sprach- und Kulturmittler, Sprachförderung, Zugang zu Arbeit, Ausbildung und Beschäftigung, Information und Mobilität sowie Personalentwicklung. Der Antrag der CDU, die Weiterentwicklung des Konzeptes mit der Kostenkalkulation zu versehen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen, wurde von SPD, FDP, BÜ 90 und Linken abgelehnt.

Der Rat beschloss bei einer Gegenstimme und 3 Enthaltungen (Linksfraktion) die Bewerbung der Stadt um die Auszeichnung **"Europaaktive Kommune des Landes NRW"**.

Der Rat beschloss einstimmig eine **Verordnung zum Schutz frei lebender Katzen**. Freigänger Katzen sind dauerhaft durch Chip oder Tätowierung zu kennzeichnen und beim Amt für Verbraucherschutz anzumelden. Fortpflanzungsfähige Katzen dürfen keinen unkontrollierten freien Auslauf mehr haben. Wenn dies nicht gewährleistet ist, hat die Haltungsperson die Katze fortpflanzungsunfähig zu machen. Frei lebende Katzen können gekennzeichnet, registriert und fortpflanzungsunfähig gemacht werden. Die Verordnung tritt 4 Wochen nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Der Rat passte einstimmig die **Satzung über Ehrenausszeichnung** sprachlich, tatsächlichen Gegebenheiten und praktischen Bedürfnissen an.

Der Rat nahm die **Anpassung und Konkretisierung der Quotierungsregelung im Handlungskonzept Wohnen** vor und beauftragte gegen CDU, Linke, Rep bei Enthaltung Tierschutzpartei/freie Wähler und Pirat die Verwaltung mit der Umsetzung. Insgesamt 40 % der geplanten Wohneinheiten müssen im öffentlich geförderten und

preisgedämpften Segment errichtet werden, davon mind. 20 bis zu 30 % im öffentlich geförderten und mindestens 10 % bis zu 20 % im preisgedämpften Wohnungsbau. Abweichungen in Einzelfällen sind nach politischer Befassung möglich. Die preisgedämpfte Nettokaltmiete wird auf 9,60 Euro (Basiswert 2016) festgesetzt. Die Neuermittlung erfolgt aufgrund des Baupreisindex. Bei der Umnutzung bestehender Nichtwohngebäude und bei Wohnhochhäusern wird auf öffentlich geförderten Wohnungsbau verzichtet, es sind aber 20 % der Wohneinheiten im preisgedämpften Wohnungsbau zu errichten. Bei Wohnbauvorhaben im Geltungsbereich eines rechtskräftigen Bebauungsplanes oder im ungeplanten Innenbereichen ist eine verbindliche Anwendung nicht möglich. Über einen Änderungsantrag der CDU wurde nicht mehr abgestimmt.

## **Personalien**

Der Rat

- beschloss einstimmig die Wiederwahl der Schiedsfrau Margret Heuter (Schiedsamtbezirk Gerresheim);
- wählte einstimmig auf Vorschlag der Arbeitnehmer anstelle des am 30.6. ausscheidenden Herbert Kleber nun Klaudia Dewenter-Näkel in den Verwaltungsrat der Stadtparkasse Düsseldorf sowie Detlef Schnierer als persönlichen Stellvertreter für Wilfried Preissendörfer;
- bestellte einstimmig auf Vorschlag des Jugendrates beratende Mitglieder in die Ausschüsse.

## **Investitionen**

Der Rat genehmigte gegen CDU und Republikaner einen Dringlichkeitsbeschluss des Haupt- und Finanzausschusses zum Ankauf von 6 Wohnmodulanlagen zur Unterbringung von bis zu 2060 Flüchtlingen mit einem Volumen in Höhe von 69 Mio Euro. Inzwischen wurde ein EU-weiter Teilnahmewettbewerb ausgeschrieben, aufgrund dessen sich mehr als 30 Interessenten meldeten. Diese geben nun Angebote ab, die Grundlage für Verhandlungen sind.

## **Planungsrecht**

Der Rat beschloss einstimmig

- die **Flächennutzungsplanänderung südlich Paulsmühlenstraße**. Das Gelände rund um das ehemalige Industrieunternehmen Bea wird nunmehr als Wohnbauflächen für ca. 400 Wohnungen, Gewerbeflächen (vorhandene Eis-sporthalle), Sonderflächen (geringfügige Erhöhung der vorhandenen Nahversorgung) und Mischgebiet (vorhandene Wohn- und Gewerbenutzungen) ausgewiesen;
- die **Flächennutzungsplanänderung Oberbilker Allee/Ringelsweide**. Das bisher als Gewerbegebiet ausgewiesene Gelände rund um einen ehemaligen Baumarkt wird nun als besonderes Wohngebiet ausgewiesen, um die ausgeübten Wohn- und Gewerbenutzungen zu sichern und weitere Wohnbauflächen in einer sechsgeschossigen Blockrandbebauung auszuweisen.

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen  
Helga Leibauer